

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Postämtern 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Vorbestellung 2 Mk. 50 Pf. Die Postämter sind für die Zustellung des Tagesblattes nicht verantwortlich. Die Geschäftsstelle ist in Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Geschäftsstelle: Wilsdruff, Markt 10. Die Geschäftsstelle ist für die Abholung des Tagesblattes nicht verantwortlich. Die Geschäftsstelle ist in Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Geschäftsstelle: Wilsdruff, Markt 10.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Geschäftsstelle: Wilsdruff, Markt 10. Die Geschäftsstelle ist für die Abholung des Tagesblattes nicht verantwortlich. Die Geschäftsstelle ist in Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Geschäftsstelle: Wilsdruff, Markt 10.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentenamts Tharandt und des Finanzamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 32 — 90. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend, den 7. Februar 1931

## Parlament! Parlament!

Politische Volkswirtschaft. — Der Kampf um Preußen. Brünings Programm.

Der Mensch ist noch nicht gefunden, der das „vollkommene Wahlrecht“ zu einer Volksvertretung entwerfen könnte. Und wer mit dem Ergebnis einer Wahl aus irgendwelchen Gründen unzufrieden ist, pflegt bestimmt dann auf das Wahlrecht zu schelten, das die Stimmung des Volkes „verfälscht“. Daß er damit recht oder unrecht haben, — jedes Wahlrecht hat neben seinen Vorzügen auch große Nachteile. Vorteile, aber auch — und nicht gerade kleine — Nachteile besitzt nicht zum mindesten das Wahlrecht, das für die „Mutter der Parlamente“, für das Englische Unterhaus, besteht. Es hat zwar keine geschriebene Geschäftsordnung, dafür aber eine viel stärker ausgeprägte Tradition. Und Traditionelles steht auch übergenau im englischen Wahlrecht, das jetzt wieder geändert werden soll. Bisher wurde Abgeordneter, wurde „Member of Parliament“, wer in einem der 606 Wahlbezirke die relativ meisten Stimmen erhalten hatte. Das war berechtigt, weil relative und absolute Mehrheit zusammenfielen, aber nur, solange es nicht mehr als zwei Parteien gab, höchstens zwei Kandidaten in den Wahlkreisen als Männer, nicht als Parteimitglieder um die Palme des Wahlsieges kämpften. Wer nur eine einzige Stimme mehr hatte als der Konkurrent, war gewählt, und die Minderheit fiel freilich restlos unter den Tisch. Dieser Zustand aber wurde grotesk, als nun die Arbeiterpartei hinzukam, hier und in jüngster Vergangenheit auch noch die Kommunisten erschienen. Nun konnte einem solchen „Einstimmensieger“, der nur die relative Mehrheit der auf die drei oder vier Kandidaten abgegebenen Stimmen erhielt, eine große Mehrheit der anderen, allerdings verteilten Stimmen gegenüberstehen; sie waren nun aber für das Resultat belanglos. Und so ergab sich für das jetzt tagende Parlament der vom Standpunkt des Zahlenmäßigen aus doppelt größte Fall, daß für die Konserverpartei zwar mehr Stimmen abgegeben wurden als für die Arbeiterpartei, diese aber mehr Abgeordnete erhielt als jene und damit auch die Regierung übernahm. Ferner, daß die Liberalen, die bei der Wahl ein Wählerstimmen von etwa fünf Millionen der Stärke selbst jener Massen besaßen, die hinter der Arbeiterpartei standen, nur ein Fünftel der Abgeordnetenzahl dieser Partei eroberten konnten. Das soll nun anders werden, allerdings durch ganz außerordentlich komplizierte Reformvorschlüsse. Und MacDonald benützte die Wahlreform als politische Waffe, um die Liberalen an einem Zusammengehen mit der Opposition und damit am Sturz seines Kabinetts zu verhindern.

Nicht mit dem Wahlrecht, wohl aber mit dem Weiterbestehen des letzten Wahlergebnisses für den Preussischen Landtag ist der „Stahlhelm“, Bund der Frontkämpfer, unzufrieden. Denn dieses auf Grund der Wahlen vom Mai 1928 zusammengetretene Parlament entspräche nicht mehr der politischen Kräfteverteilung, verfallt also die Volksstimme. Infolgedessen greift er jetzt zum Mittel des Volksbegehrens. Ein recht langer Weg wird mit der Einbringung des „begehrten“ Gesetzeswerkes: „Der am 20. Mai gewählte Landtag ist „auflöslich“ bis zum Volksentscheid darüber vom „Stahlhelm“ beschritten: Erst kommt der von mindestens 20.000 Unterschriften oder von 100.000 hierfür als zustimmend glaubhaft Gemachten gestellte Zusatzsantrag, seine Prüfung durch den Innenminister, dann eine mögliche Zwischenfrist von drei Monaten. Nun steigt das Volk begehren; spricht sich ein Fünftel der Stimmberechtigten in Preußen, also rund fünf Millionen, durch ausdrückliche Eintragung in die Listen für den Entwurf aus, dann geht der volksbegehrte Entwurf, begleitet von einer Stellungnahme der Regierung, an den Landtag. Wenn dieser, wie zu erwarten ist, sich gegen Annahme des Antrages auf Auflösung erklärt, so nimmt das Verfahren seinen Fortgang im Volksentscheid. Und nun muß die Mehrheit der Stimmberechtigten — rund 12,5 Millionen — nicht bloß an der Stimmabgabe teilnehmen, sondern auch für jenen Gesetzesentwurf stimmen, um dadurch die Landtagsauflösung herbeizuführen. Das alles dürfte mindestens ein halbes Jahr dauern, ehe die Entscheidung da ist.

Auch hier ist man aus politischen Gründen mit einem Parlament unzufrieden, — und ebenso für den deutschen Reichstag beantragen die Nationalsozialisten von ähnlichem Standpunkt aus die Auflösung. Ohne Erfolg, denn schon vor den jetzt dort begonnenen Auseinandersetzungen des Reichstages und seiner Parteien mit der Opposition wurde es gewiß, daß Dr. Brüning über eine sichere Mehrheit im Reichstag verfügt. Er hat in seiner Rede die Linien seines Willens und die Ziele dieses Willens entwickelt. Ein Programm also. Im Höhepunkt seiner Ausführungen aber stand das scharfe Bekenntnis dazu, daß das ganze Streben nach Fundamentierung des Reichshaushalts, das Schuldengesetz und das Landwirtschaftsprogramm, die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zunächst durch das Tor einer parlamentarischen Erledigung dieses Reichshaushalts hindurchgehen müssen, um damit dann eine sichere Basis für die Rückgewinnung des finanziellen und politischen Vollkredits im Ausland zu finden; alles aber nur als Vorbereitung für das Letzte, für die Revision der Gesamtstellung Deutschlands in der Welt.

## Sichere Mehrheit für Brüning

Für und gegen Brüning.

Der Trennungsrat im Reichstag.

Man spürt deutlich, wie sich der Graben zwischen den Regierungsparteien und der Rechten verneigt. Die Redner der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und namentlich des Zentrums sprechen immer nur nach rechts hinüber, gegen rechts. Es wird von den Parteien, die hinter dem Kanzler stehen, nun sozusagen alles nachgeholt, was dieser selbst nicht gesagt hatte und nicht hatte sagen wollen. Es geht dabei natürlich hart auf hart, und die Funken sprühen. Während die Ausführungen des Staatsparteilers Dr. Stolper noch einigermaßen ruhig aufgenommen worden waren, wird das ganz anders, als nun der Abgeordnete Joos vom Zentrum gegen die Nationalsozialisten vom Leder zieht. Schnell steigert sich die Temperatur der Rede, der Jurist, des Widerpruchs, aber auch der Zustimmung. Immer schärfer werden die Worte des Zentrumredners, und erst mit einiger Mühe, dann mit wachsender Strenge greift der Präsident Lobe ein. Joos wendet sich gegen die „politischen und wirtschaftlichen Experimenteure“. Als nun daraufhin von rechts her die Zurufe zu einer ununterbrochenen Rede werden, da erfolgt Ordnungsruf auf Ordnungsruf; im Saal versteht man kaum, was alles sie treffen. Und dann weiß der Präsident mehrere Abgeordnete der Nationalsozialisten aus dem Saal. Das hilft ein wenig, und der Abg. Joos vermag — wenn auch unter Schwierigkeiten — seine Rede zu Ende zu führen. Scharf und deutlich ist der scheidende, trennende Graben zwischen dem Zentrum und den beiden Parteien der Rechten gezogen.

Nach einem kurzen Intermezzo — die Kommunisten erklären, den Saal verlassen zu müssen, um einem Begrüßung von zwei erschrockenen Anhängern ihrer Partei beizuwohnen — zieht auch der Abgeordnete Dingeldey, der neue volksparteiliche Führer, den Trennungsrat gegen die Rechte mit aller Deutlichkeit. Auch er fragt, was die Nationalsozialisten eigentlich in der Reparationsfrage, in der Wirtschaftsnote, gegen die Arbeitslosigkeit usw. tun wollen, wenn sie die Macht hätten. Auch ihm wird von rechts her zugeworfen, daß man dort gar nicht daran denke, ihm das zu sagen. Nicht die Opposition, sondern die regierenden Parteien sehen auf der Anklagebank. Demgegenüber erklärt der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, daß es heute gar nicht mehr darauf ankommt, nur immer rückwärts zu schauen. Auch die Redner der anderen „kleinen, aber mächtigen Parteien“, des Landvolkes, der Christlichsozialen, der Wirtschaftspartei und der Bauernischen Volkspartei — denn schließlich hängt von ihrem Ja oder Nein zwar nicht das Schicksal des Kabinetts Brüning, wohl aber das Schicksal des Reichstages ab, — schließen sich trotz manchem Wenn und Aber in der Mitte zusammen. Schon heute verfügt für die Entscheidung der Reichstanzler über eine sichere Mehrheit im Reichstag.

### Sitzungsbericht.

(18. Sitzung.) CR. Berlin, 6. Februar. Am Regierungstisch der Reichstanzler. Es wird in der Beratung des Haushalts des Reichstanzlers und der Reichstanzler sowie des nationalsozialistischen Antrages auf Reichstagsauflösung und der kommunistischen Interpellation über die angeblichen Staatsstreikpläne fortgefahren.

Abg. Dr. Stolper (Dt. Staatspartei): Von der Notwendigkeit, den Haushalt auf parlamentarischem Wege und mit einer möglichst großen Mehrheit zu verabschieden, hängt das Vertrauen des Auslandes und unseres Volkes selbst zu der Stabilität der deutschen Verhältnisse ab. Die deutsche Krise ist nicht allein auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen, denn sie ist schon vor dieser ausgebrochen. Mit dem einseitigen Hinweis der Nationalsozialisten auf die Tributpflicht ist gar nichts getan. Wir können stolz sein auf das, was unser Volk in den vergangenen zwölf Jahren unter diesem System geleistet hat. Gewiß haben wir viele Arbeitslose, aber

sie leben besser als die sowjetrussischen Arbeiter. (Lärm bei den Kommunisten.) Auch die D. H. H. die zu befragen ist, wird ohne Senkung des Zinsfußes durch Klüftung des gestrichelten deutschen Kapitals und ohne Auslandskapital nicht möglich sein.

Der Redner schließt mit dem Ruf an den Reichstanzler: Sie weiter stark und handeln Sie; das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit des Volkes wird Ihnen sicher sein! Nach einer Rede des kommunistischen Abg. Dr. Reubauer, der scharfe Angriffe gegen die Sozialdemokratische Partei richtet, nimmt

Abg. Joos (Ztr.) Stellung zu der Rede des Reichstanzlers, die er als den Umständen entsprechend bezeichnet. Minister Stegerwald habe auch nur gemeint, daß man über die Reparationsfrage nicht mehr zu reden brauche. Herr Göbbels hingegen hat gestern so gesprochen, daß ich ihn nur sagen kann:

Göbbels, erwache!

(Große Heiterkeit.) Herr Federer von den Nationalsozialisten hat behauptet, daß er von dem Prälaten Kaas einen Brief erhalten habe, und ist trotz Widerspruch auch bei dieser Behauptung geblieben. Ein solcher Brief aber existiert tatsächlich nicht. (Große Unruhe und Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten. Präsident Lobe ruft verschiedene Abgeordnete zur Ordnung.) Abg. Jürgensberg habe in seiner Vortragsrede gesagt, er wolle das deutsche Volk aus der Scholle befreien und dann werde ein friedliches Leben der

Freiheit beginnen, und Herr Lohffsen hat gesagt, es müsse etwas gemacht werden, selbst

wenn man eine Provinz dadurch verliere. (Große Unruhe in der Mitte.) Diese Provinz ist der Rhein, der Westen Deutschlands. Wir richten unsere Augen vom Westen auf die Gesamtheit, auch auf den Osten Deutschlands. Wir wissen, daß unser Schicksal gemeinsam ist, aber wir müssen es uns verbitten, daß Experimenteure eine Provinz im Westen verlieren wollen. Des weiteren wendet sich der Abg. Joos gegen den deutschnationalen Redner des Vortages, Dr. Döring, dieser leide an einer unheilbaren Sache, nämlich

an dem antirömischen Affekt.

Das deutsche Volk will und werde sich aber konfessionell nicht wieder gegeneinander richten lassen. (Heftige Zurufe von rechts. Präsident Lobe erteilt mehrere Ordnungsrufe.) Bei den weiteren Ausführungen des Redners gegen die Nationalsozialisten kommt es zu

lauten Kundgebungen

dieser Partei. Joos ruft den Nationalsozialisten zu: Sie sind selbst schuld daran, wenn Sie jetzt an der Klageauer stehen! Sie sehen, wie schwer sich das kontrast, was Sie angerichtet haben.

Hier kommt es zu ähnlichen Szenen.

Der nationalsozialistische Abg. Bräuner ruft dem Redner wiederholt zu: Joos ist der Heer! Daraufhin erteilt Präsident Lobe dem Abg. Bräuner sowie die nationalsozialistischen Abgeordneten Koch, Ostermann, Heines und Vetter unter lauten Protesten der nationalsozialistischen Fraktion aus dem Saale. Lobe erklärt, er werde andere Ruheführer, deren Namen er im Augenblick nicht feststellen kann, spürbar zur Ordnung rufen.

Joos schließt seine Rede mit den Worten: Es gibt auch einen politischen Hochmut, der vor den Volk kommt. Das werden die Nationalsozialisten bald erfahren. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Abg. Dingeldey (D. Sp.) begrüßt es, daß die falschen Gerüchte über Staatsstreikabsichten seiner Partei die Möglichkeit eröffnen, über die Frage zu sprechen, ob nicht durch Abkehr von einem überhöhten Parlamentarismus nach besseren Auswegen aus der jetzigen Krise gesucht werden könnte.

In schärfster Form erklärt er, daß weder er noch ein Mitglied seiner Fraktion oder Partei daran denke, irgendwelchen Plänen nachzugehen, die auch nur den Anschein eines Staatsstreiches oder Verfassungsverstoßes trügen.

Namens seiner Fraktion erklärte weiter Dr. Dingeldey, er unterliege die Wahlung des Reichstanzlers, daß der Etat auf parlamentarischem Wege verabschiedet werden soll. Jede Einschränkung des verfassungsmäßigen Zustandes in Deutschland würde für die Ansehlichkeit und für das Vertrauen des internationalen Weltmarktes gefährlich werden. Ebenso nachdrücklich müsse aber die Regierung aufgefordert werden, sich der Möglichkeit bewußt zu sein, die die Verfassung dem Staatsführer an die Hand gibt, wenn das Parlament versagen sollte. Seit der Erdbürgerlichen Steuerreform ist es allmählich notwendig geworden, zu einer klaren Abgrenzung der Steuerquellen und der Verantwortlichkeit der Länder und Gemeinden, zu einer wirklichen Verwaltungs- und Verfassungsreform zu kommen. Der Abg. Döring hat gestern das Beispiel der geschicktesten Menschen heraufbeschworen. Dieser geschickteste Mensch sollte das Ziel der Politik nicht in einer Erhaltung des staatlichen Lebens sehen, sondern er lebt auch mit in der Gegenwart, und gerade in dieser schwierigen Übergangszeit sollte eine große nationale Partei den Anblick an die Gegenwart nicht veräumen.

So kämpfen wir auch gegen die drückende Last der Verträge, aber der schwere Kampf leidet in seinem Erfolg darunter, wenn wir die ganze Energie darauf verwenden, den Schuldigen unter uns zu suchen. Entscheidend sei die Klugheit des Kanzlers, weitere Krisenrisiken zu machen; diese sind möglich, ohne die Rechte der Beamtenschaft und anderer Kreise aufs neue zu berühren. Zur Behebung der Arbeitslosigkeit müssen alle schaffenden Kräfte zusammenwirken und wir brauchen hierfür einen wirtschaftlichen Generalstab unter der führenden Hand der Reichsleitung. Die Finanzreform ist notwendig, nicht, damit mehr Geld für die Tributabgaben da ist, sondern damit in den kommenden Verhandlungen über die Revision bei uns die nötige innere Widerstandskraft herrscht. Mit banger Sorge müsse man auf das Verdrängen gewisser Kräfte aus Moskau nach Deutschland sehen und mit Sorge auf die Entwicklung der Kulturpolitik in Preußen. Deswegen fordere die Deutsche Volkspartei, daß auch der evangelischen Kirche ein Vertrag gewährt wird, der ihre Gleichberechtigung mit der katholischen Kirche gibt. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Abg. Simpendörfer (Chr.-Soz. Volksp.) verlangt von der Regierung eine Politik der Autorität und das härteste Verantwortungsübernehmen. Spornmaßnahmen dürften nicht auf Kosten sozialer Einrichtungen durchgeführt werden, und die D. H. H. und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seien dringliche Aufgaben. Die Möglichkeit einer freiwilligen Arbeitsdienstpflicht müsse schleunigst geprüft werden. Mit schärfstem Nachdruck sei eine aktiv ausbauende Kulturpolitik zu fordern. In der Erwartung der Erfüllung dieser Forderungen lehne seine Partei den Mißtrauensantrag ab.

Abg. Reith (Wirtschaftsp.) betonte, wenn man die Wagnisse seiner Partei früher geduldet hätte, dann wäre und diese fürwahr wirtschaftliche Situation erspart geblieben. Man müsse den rechtsstehenden Parteien in aller Öffentlichkeit den Vorwurf machen, daß sie durch ihre Oppositionshaltung den anderen nationalen Parteien den Weg zu einer praktischen Mitarbeit verträumen. Der Redner tritt dann für Notstandsarbeiten, besonders beim Straßenbau, ein und fordert die Beratung des Gesetzes zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Den Geschäftsordnungsreformen stimme er zu.